

Kernprojekt I/2: Demokratien und die „Revolution in Militärischen Angelegenheiten“

Gegenstand und Fragestellung

Seit den frühen 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben sich westliche Demokratien mit der so genannten „Revolution in Militärischen Angelegenheiten“ (bzw. Revolution in Military Affairs, RMA) auseinandergesetzt und dabei zunehmend in die Integration modernster Technologien – vor allem im Bereich der Informationstechnologie – in die Streitkräfte und ihre Strategien investiert.

Die Tatsache, dass ausgerechnet diese Gruppe von Staaten in besonderem Maß die Modernisierung ihrer Streitkräfte vorantreibt, erscheint mangels einer militärischen Herausforderung, wie sie z.B. die Sowjetunion darstellte, erklärungsbedürftig. Hinzu kommt der dem demokratischen System inhärente Wettbewerb um die alternative Allokation der Ressourcen. Die meisten westlichen Demokratien verfügen zwar über ein hinreichend großes Bruttosozialprodukt, um sich ihr Engagement in der RMA leisten zu können; gleichwohl machen wirtschaftliche Stagnation und defizitäre öffentliche Haushalte andere, nichtmilitärische Ansprüche stark. Daher stellt sich um so mehr die Frage, *warum* sie es sich leisten sollten (vgl. z.B. Mazarr/Shaffer/Ederington 1997: 560).

Eine *prima facie* plausible Erklärungsmöglichkeit dieses Bewaffnungsschubs mit high-tech Waffen kann aus den Charakteristika der Demokratie abgeleitet werden: Im Rahmen der so genannten *monadischen Variante* der *Theorie des demokratischen Friedens* – die bis zu Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“ zurückgeführt werden kann und in jüngerer Zeit wieder mehr Befürworter findet (dazu Hasenclever 2003; MacMillan 2003) – wird argumentiert, dass die Bürger/innen der Demokratie ein besonderes Interesse an der Vermeidung von Opfern besäßen und zwar sowohl unter ihren eigenen Soldaten, als auch unter der gegnerischen Zivilbevölkerung; in dieser Hypothese verbinden sich rationalistische und normative Momente (s.u.). Aus dieser Perspektive erscheint der Zusammenhang zwischen Demokratie und moderner Bewaffnung plausibel, denn schließlich werden gerade die im Rahmen der RMA entwickelten Waffensysteme und Strategien dahingehend eingeschätzt, dass sie diesem Wunsch nach einer geringen Anzahl menschlicher Opfer auf beiden Seiten gerecht werden.

Auf Basis dieser Überlegungen versucht unser Projekt folgende Fragen zu beantworten:

- Spielt der Wunsch nach Opfervermeidung im Rahmen des Beschaffungsprozesses westlicher Demokratien tatsächlich eine signifikante Rolle, so wie es aus der monadischen Variante der Theorie des demokratischen Friedens abgeleitet werden kann?¹
- Wenn ja, warum unterscheidet sich der *Umfang* bzw. das *Niveau* des Engagements für die RMA zwischen den westlichen Demokratien so deutlich? Unter den Annahmen der monadischen Theorie des demokratischen Friedens lässt sich vermuten, dass die Varianz im Engagement für die RMA durch die unterschiedlichen Erwartungen hervorgerufen wird, zumindest mittelfristig in einen kriegerischen Konflikt verwickelt zu werden. Die Logik dieser Argumentation liegt auf der Hand: Je höher die Erwartung kriegerischer Auseinandersetzung, um so größer ist auch die Erwartung bezüglich gefallener Soldaten und gegnerischer ziviler Opfer, was eine schnellere Umsetzung der mit der RMA verbundenen Versprechen notwendig macht als in Staaten mit niedrigeren Erwartungen.

1 Der Begriff „westliche Demokratie“ soll hier nur solche westlichen Demokratien erfassen, die auch über eine solche verteidigungsindustrielle Basis verfügen, die sie grundsätzlich in die Lage versetzt, RMA bezogene Waffensysteme zumindest grundsätzlich herzustellen.

Die Erklärungskraft der aus der monadischen Theorie des demokratischen Friedens abgeleiteten Hypothesen werden im Verlauf des geplanten Forschungsprojektes mit alternativen Erklärungsmöglichkeiten für grundsätzliche Interesse an RMA, und für die Varianz im RMA-Engagement verglichen. In besonderem Kontrast steht z.B. die Hypothese eines „technologischen Imperativs“, der aus einer Variante der neorealistischen Theorie abgeleitet wird. Aber auch andere *liberale* Ansätze (z.B. die Durchsetzung von Partikularinteressen der Rüstungsindustrie) und ein an unterschiedlicher historischer Erfahrung ausgerichteter Ansatz politischer Kultur sollen anhand von fünf Länderstudien gegen die Theorie des demokratischen Friedens getestet werden.

Stand der Forschung

a) Die „Revolution in Military Affairs“

Seit über einem Jahrzehnt werden unter dem Begriff „Revolution in Militärischen Angelegenheiten“ (RMA) die Umwälzungen in Militärtechnologie, Militärstrategie und der Organisation des Militärs debattiert. Beteiligt an der Debatte sind mehrheitlich US-amerikanische Verteidigungs- und Rüstungsexperten aus den militärnahen Denkfabriken und wissenschaftlichen Instituten. Nur selten melden sich Friedensforscher (z.B. Møller 2002, vgl. auch die Themenausgaben der „Friedenswarte“ (2002) und des „Disarmament Forum“ (2001) in dieser Debatte zu Wort und weisen auf Gefahren (Ignatieff 2000), Mythen (Neuneck/Mölling 2003) und Probleme (Müller/Schörning 2001a) der RMA für die Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik von Demokratien hin. Die RMA-Debatte findet daher vor allem in sicherheitspolitischen Fachzeitschriften statt. Sie durchlief dabei verschiedene Phasen und Kontroversen, die den heutigen Forschungsstand widerspiegeln.

Gegenstand der Debatte ist die von RMA-Anhängern vorgebrachte These (Krepinevich 1994, Cohen 1996, Arquilla/Ronfeldt 1998, u.a.) eines revolutionären Wandels der Kriegsführung durch den Einfluss moderner Technologien. Dieser radikale Wandel, so die Anhänger, führe zur „Präzisierung“ der Kriegsführung, zur „Digitalisierung“ des Schlachtfeldes und zur „Vernetzung“ von Waffensystemen, Plattformen und Kommandozentralen. Der Wandel basiert dabei auf neuen Führungs- und Kommunikationssystemen, der Fähigkeit zur Aufklärung und Bekämpfung von Zielen in „Echtzeit“ und neuen Waffensystemen wie Drohnen und Präzisionsmunition oder gänzlich neuen Kampfzonen wie dem Cyberspace. Als Voraussetzung für den Wandel werden dabei die revolutionäre Entwicklung in der Datenverarbeitung gesehen, die einige Vertreter der RMA-These dazu veranlasst haben, von einer „informations-basierten Revolution in Militärischen Angelegenheiten“ (Davis 1997) zu sprechen. Damit werde es in Zukunft möglich sein, so die Anhänger der RMA-These, Militäroperationen mit wenig Opfern auf *beiden* Seiten, aus der Distanz und bei gleichzeitiger, dramatischer Erhöhung der militärischen „Effektivität“ durchzuführen. Der zweite Golfkrieg, der Kosovokrieg, sowie der Krieg in Afghanistan gelten dabei als Stationen an denen die revolutionäre militärtechnologische Entwicklung sichtbar wurde. Der Golfkrieg zeigte die Überlegenheit einer auf Qualität und Technologie ausgerichteten Streitmacht gegenüber einer eher quantitativ hochgerüsteten Armee. Die alliierten Streitkräfte hatten dabei weniger als 250 gefallene Soldaten zu beklagen. Der Kosovokrieg verwirklichte dann zum ersten Mal das Ideal eines für die eigene Seite verlustfreien Krieges. Kein einziger NATO-Soldat verlor bei der Intervention durch Feindeinwirkung sein Leben. Der Krieg in Afghanistan gilt wiederum als Paradebeispiel dafür, wie Hochtechnologie in Kombination mit modernen Waffen, Kommunikationstechnologien und Spezialeinheiten auch ohne eigene massive Bodentruppenpräsenz zum militärischen Erfolg führen kann (Rumsfeldt 2002). Technologie und Strategie scheinen es möglich zu machen, auch unter restriktiven politischen Bedingungen Militäroperationen erfolgreich durch zu führen. Das von der Öffentlichkeit in Demokratien gewünschte Bild der sauberen, schnellen und verlustfreien militärischen Gewaltanwendung rückt scheinbar in greifbare Nähe.

Als wirklich revolutionäres Ergebnis der RMA wird von Vertretern der RMA-These vorgebracht, dass die sich abzeichnende technologische Entwicklung die Möglichkeit biete, den clausewitzschen „Nebel der Schlacht“ zu lichten, der bislang über jedem Kriegsschauplatz hing. Das Verhältnis von Krieg, Strategie und Politik wird mit den technischen Möglichkeiten neu definiert (Owens 1995, Libicki 1999 und Owens 2000). Der Einfluss der Informationstechnologie unterscheidet daher diese „Revolution“ von früheren Veränderungen in der Militärtechnologie, die Waffensysteme und Logistik betrafen (Brodie/Brodie 1973, Creveld 1989; McNeill 1982, Dupuy 1990) nie aber die Natur des Krieges selbst veränderten.

Selbst die wenigen Skeptiker der RMA-These (Biddle 1998, O'Hanlon 2000, Gray 2001) stimmen mit den Befürwortern darin überein, dass es einen erkennbaren Wandel in der Militärtechnologie und Militärstrategie gibt. Allerdings weisen sie darauf hin, dass dieser Wandel nicht „revolutionär“ in dem Sinne sei, dass er alle Erkenntnisse über den Zusammenhang von Krieg, Strategie und Politik zunichte macht. Sie bezeichnen in der Folge den beobachteten Prozess und seine Ergebnisse deshalb auch weniger radikal als eine „Evolution“ (O'Hanlon 2000) oder „Transformation“ (Binnendijk 2002) denn als eine Revolution. Schließlich streitet Biddle (1998) die Existenz einer RMA insgesamt ab. Er erklärt die Erfolge der US-Streitkräfte in den Kriegen der vergangenen Dekade ausschließlich durch die Überlegenheit der US-Streitkräfte in „Taktik und Training“ (Biddle 1998 und Biddle 2003).

Trotz der relativen Einigkeit über den *Gegenstand* der RMA-Debatte herrscht erstens Uneinigkeit darüber, ob wir gegenwärtig wirklich vor einer RMA stehen, zweitens Uneinigkeit über die Ursachen der RMA und drittens divergieren die militärpolitischen Implikationen die sich aus einer RMA ergeben können. Diese drei Fragen spiegeln sich im historischen Verlauf der Debatte wieder.

Die Auseinandersetzung um die RMA ist älter als der Begriff und geht auf die Diskussion über die „militärtechnologische Revolution“ (MTR) im sowjetischen Generalstab in den 70er und 80er Jahren zurück. Mit der Studie von Krepinevich (1992; siehe auch die CSIS Studie von Mazarr/Shaffer/Ederington 1993 und Krepinevich 1994) sowie Arbeiten des US-amerikanischen „Office for Net Assessment“ im Pentagon wurde die Debatte unter den noch frischen Eindrücken des Golfkriegs von 1991/1992 (Keaney/Cohen 1993) nun in den USA unter dem neu geprägten Begriff „RMA“ wieder belebt. Schnell kristallisierte sich dabei in der Anfangsphase der Konsens heraus, dass eine MTR-Definition, die sich nur auf die militärtechnologischen Umwälzungen beschränkt, den vollständigen Wandel in Strategie, Organisation und Technologie nicht erfasst. Zu Beginn der Debatte wurde daher der Begriff der „Revolution in Military Affairs“ neu geprägt. Die RMA steht daher nach der gängigen Definition von Krepinevich (1994) heute auf drei Beinen. Die Definition umfasst nicht nur den Wandel der Militärtechnologie, sondern auch den Wandel der Militärorganisation und -strategie. Zwar versuchten einige Autoren deshalb der RMA einen anderen Namen zu geben (z.B. Freedman 1998), womit sie sich jedoch nicht durchsetzen konnten. Ebenso folgte der Debatte über die Definition eine weitere über die Korrektheit der Einteilung der Wellen von historischen Militärrevolutionen (Murray/Knox 2001; Latham 2002; gl. auch schon Creveld 1989). Damit stellte sich die bis heute nicht gelöste Frage, ob wir uns schon mitten in der Revolution befinden oder erst am Anfang eines viel radikaleren Wandels. Zumindest die US-Rüstungspolitik hat diesen Sachverhalt geklärt. Seit dem Haushaltsjahr 2002 werden alle Rüstungsprogramme danach beurteilt, inwiefern sie zur „Transformation“ der US-Streitkräfte beitragen. Allerdings finden sich unter diesem Etikett fast alle Waffenprogramme, auch ältere, wieder, so dass der im Pentagon verwendete Haushaltsbegriff „Transformation“ weniger als wissenschaftliche Kategorie taugt, denn als Legitimationshilfe der Teilstreitkräfte zur Fortführung ihrer Beschaffungsprogramme.

Heute leidet die wissenschaftliche RMA-Diskussion unter einem ganz anderen Problem (Vgl. Biddle 1998). Es ist bislang nicht untersucht worden, wie und warum die Entscheidungen, eine RMA zu betreiben, zustande kamen. So dient die RMA heute sowohl als Ursache für den Wandel in

der Kriegsführung als auch als deren Wirkung - ein Manko das schon in der Definition von Krepinovich (1994) angelegt ist. Eine Erklärung, die für das Zustandekommen der RMA immer wieder angeführt wird, ist die Entwicklung der Telekommunikation sowie der Datenverarbeitung. Sie verweist allerdings auf das veraltete Modell eines technologischen Determinismus. Dieser beruht auf der Annahme der realistischen Theorie, dass die Machtkonkurrenz zwischen den Staaten und das sich daraus ergebene Sicherheitsdilemma unvermeidlich sind und die entscheidende Triebkraft im Rüstungsverhalten der Staaten darstellen. Um das Risiko einer fatalen künftigen Macht-Asymmetrie zu vermeiden, müssen die Staaten die militärischen Optionen, die ihnen die technische Entwicklung bietet, zeitnah nutzen, da sie davon ausgehen müssen, dass auch ihre Rivalen dies tun. Die RMA wäre aus dieser Sicht die gegenwärtige Etappe eines unendlichen, seit der Industrialisierung allerdings dramatisch beschleunigten, militärisch-technischen Wettbewerbs (Buzan 1987; Müller 1988). Eine Variante dieses Ansatzes hat Farrell (1997) vorgestellt, der die RMA als Resultat eines auf die Gewährleistung internationaler Überlegenheit ausgerichteten militärisch-bürokratischen Prozesses interpretiert.

Als alternative Erklärungen für das Zustandekommen der RMA gibt es bislang nur Fragmente von Hypothesen, in denen sich gleichwohl Versatzstücke der in der monadischen Variante vom demokratischen Frieden angelegten Kausalmechanismen niedergeschlagen haben. Luttwak (1996) verweist auf die Zwänge einer postmodernen - vor allem „postheroischen“ – Gesellschaft. Er beschreibt diese Gesellschaft als kriegsscheu, wobei die Kosten und die Opfer auf der eigenen Seite – ganz im Kantianischen Sinne – für diese Scheu ausschlaggebend sind. Andere Autoren weisen auf die Wirkung der internationalen Öffentlichkeit, der Medien, der internationalen Normen und des Völkerrechts auf die Entwicklung neuer Militärstrategien und die Entwicklung von immer neuerer Präzisionswaffen hin (Ignatieff 2000). Auch Ignatieff betont damit Charakteristika, die ausschließlich oder in besonderer Ausprägung den Demokratien eigen sind. Nur hier sind die Medien frei, abweichend von militärisch-politischen Vorgaben zu berichten, nur hier existiert eine Öffentlichkeit, die unzensuriert Anschluss an internationale Debatten gewinnen kann. Demokratien sind in besonderem Maße an der Schaffung und Durchsetzung internationaler Normen interessiert und verfügen aufgrund ihrer inneren, rechtsstaatlichen Verfasstheit über ein ausgeprägtes Rechtsbewusstsein – auch dies ist ein Kantianischer Gedanke. Allerdings fehlt den Erklärungsversuchen der RMA eine kohärente, systematische Entfaltung von Ursache und Wirkung, um schlüssig erklären zu können, wie Entscheidungen für die RMA fallen und wieso sie in ihrer Intensität zwischen Staaten variiert.

Dass Demokratien nach Opfervermeidung streben und dass dies ein möglicher Erklärungsweg für die RMA ist, statt eines bloßen Effektes, ist in der RMA-Debatte bislang nur am Rande und entsprechend nicht systematisch erörtert worden.

b) Demokratie und der Wunsch nach Opfervermeidung

Scheuen Demokratien eigene Opfer? Betrachtet man sich das schon bei Immanuel Kant benannte rationalistische Argument der monadischen Variante der Theorie des demokratischen Friedens, so erscheint es sinnvoll, diese Frage zu bejahen. Die Bürger einer Republik – oder in unserem heutigen Verständnis: einer Demokratie – werden die Entscheidung über Krieg und Frieden „sehr bedenken“, da „sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten“ (Kant 1984 [1781]: 12f). Dieser Gedanke Kants umfasst dabei nicht nur monetäre Kosten, sondern explizit auch die Gefahr für Leib und Leben, der man im Krieg ausgesetzt ist.²

2 So benennt Kant neben den Kosten des Krieges und den einhergehenden Verwüstungen auch explizit die Notwendigkeit „selbst zu fechten“ – und damit das eigene Leben zu riskieren (Kant 1984 [1781]: 12).

Dabei spielt die nur in Demokratien institutionell gewährleistete Kongruenz zwischen Entscheidern und Kostenträgern die zentrale Rolle für die Erklärung demokratischer Friedlichkeit. So fasst Eric Gartzke den Gedanken folgendermaßen zusammen: „Kantian republics are pacific because those who sanction force and those who shed blood are linked in a single entity (the citizens)“ (2001: 468).

In der aktuellen Debatte sind die Überlegungen Kants als allgemeiner Wunsch der Bürgerinnen und Bürger der Demokratien interpretiert worden, diejenigen bestmöglich zu schützen, die im Rahmen der Landesverteidigung ihr Leben riskieren: „democracies protect voters from negative repercussions of international interaction“ (ibid.).³ Damit tritt zu einem individuell-rationalistischen Kalkül ein normatives Element hinzu: Die Soldaten und Soldatinnen gelten eben auch als Träger von Lebens- und Menschenrechten und als Mitglieder der demokratischen Wertegemeinschaft. In den letzten Jahrzehnten hat sich diese im Universalismus der liberalen Werteordnung angelegte Sorge für die „Anderen“ auch auf die Zivilbevölkerung der „Feindstaaten“ ausgedehnt, dies hat sich in den wiederholten, kritischen Debatten über „collateral damage“ niedergeschlagen. Auf diesem teils rationalistischen, teils moralischen Motivationskomplex ruht so eine überdeterminierte Präferenz für möglichst geringe Opfer im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung, und diese der Bevölkerungsmehrheit unterstellte Präferenz bildet das wesentliche Hemmnis, das die monadische Theorie des demokratischen Friedens zwischen der Demokratie und der Initiierung von Kriegshandlungen aufrichtet.

Dieser Gedanke kommt auch in den zentralen Studien zur Verknüpfung zwischen Opfervermeidung und Demokratie zum Ausdruck, die den Brückenschlag über den sich anbietenden Faktor „öffentliche Meinung“ vollziehen. Dabei wird grundsätzlich argumentiert, dass die nationale Zustimmung zu einer internationalen Auseinandersetzung, bzw. einem Krieg, von der Anzahl der gefallenen Soldaten beeinflusst wird. Pionierarbeit leistete in diesem Zusammenhang John Mueller (1973) mit einer Studie über die Kriege in Korea und Vietnam. Mueller kam zu dem Schluss, dass die logarithmierte Anzahl der gefallenen amerikanischen Soldaten einen präzisen Schätzer für die öffentliche Meinung gegenüber den jeweiligen Kriegen darstellte. Aufbauend auf dieser Arbeit spezifizierten Gartner und Segura (1998) den von Mueller beschriebenen Zusammenhang zwischen Opfern und der öffentlichen Einstellung zum Krieg genauer. Sie argumentierten: „when marginal casualties are increasing, they will be the best casualty-based variable for predicting [public; OM/HM/NS] opinion, and when marginal casualties decrease, the log of cumulative casualties is the best predictor“ (279). Diese Ergebnisse werden von den Studien von Bennett und Stam (1996; 1998), sowie Reiter und Stam (2002) unterstützt. Allerdings, so schränkte Eric Larson (1996) in einer Untersuchung der zentralen amerikanischen Waffengänge vom Zweiten Weltkrieg bis zum Desaster in Somalia kritisch ein, sei die demokratische (bzw. im Rahmen seiner Untersuchung: U.S.-amerikanische) Öffentlichkeit um so bereiter, Opfer zu tolerieren, je geeinter die politische Führungselite des Landes die Notwendigkeit für einen Militäreinsatz vertrete. Während Larson mit seiner Untersuchung den unterstellten Zusammenhang zwischen Demos und Opfervermeidung nicht grundsätzlich in Frage stellt und statt dessen die Bedeutung der intervenierenden Variable „Einigkeit der politischen Elite“ hervorhebt, ist die Kritik von Everts (2002) und Everts und Isernia (2001) fundamentaler.

Auf der Basis umfangreicher Umfragen in den USA sowie zahlreicher europäischer Länder forderten diese Autoren erst kürzlich die Opfervermeidungsthese heraus: Nach ihrer Einschätzung muss klar zwischen öffentlicher Meinung und der Einschätzung durch die politische Elite unterschieden werden. Während in den Einstellungen der politischen Entscheidungsträger eindeutig eine ausgeprägte Opfersensitivität nachweisbar sei, sei die Öffentlichkeit in deutlich höherem Maß bereit, Opfer zu tolerieren, als dies gemeinhin angenommen werde. Ihre Kritik spitzen sie schließlich

3 See also Ray 1995; Gartner/Segura 1998; Müller 2002.

in der polemischen Feststellung zu: Der demokratische Wunsch nach Opfervermeidung ist ein populärer Mythos, der mehr dazu beiträgt „alibis for fearful politicians“ bereitzustellen, „than to offer scientific insight“ (Isernia 2001: 269). Die Argumentation dieser Autoren erscheint auf den ersten Blick als ein schwerer Schlag gegen die Grundannahmen der Theorien des demokratischen Friedens, da sie die Feststellung eines Wunsches nach Opfervermeidung für die politischen Eliten durchaus anerkennt, allerdings die Ableitung dieses Wunsches aus dem Wesen der Demokratie zurückweist.

Dabei bleiben allerdings verschiedene Fragen offen, die durch die Autoren nicht beantwortet werden:

- 1) Zunächst ist festzustellen, dass die These der Autoren in eindeutigem Widerspruch zu den bereits zitierten Studien von Mueller, Bennett, Stam, Gartner, Segura und auch dem kritischer eingestellten Larson steht. Das mag nicht als Kritik gewertet werden, erscheint allerdings erklärungsbedürftig.
- 2) Woher speist sich das starke Interesse der politischen Eliten an Opfervermeidung, wenn es nicht an die allgemeinen Präferenzen der Bevölkerung rückgebunden werden kann?
- 3) Da ihr Befund für alle wesentlichen, d.h. militärisch engagierten, westlichen Demokratien Gültigkeit besitzt, müsste diese verzerrte Wahrnehmung entsprechend institutionell begründbar sein.

Gerade die letzte Frage verweist auf eine Schwachstelle von Everts und Isernia, deren Ausbesserung das scheinbare Paradox aufzulösen in der Lage sein könnte: Sie übersehen nämlich, dass die militärisch-technische Entwicklung selbst in der Lage ist, die Zahl der im Krieg zu erwartenden Opfer zu senken und so Einfluss auf die Wahrnehmung der demokratischen Öffentlichkeit zu nehmen. So ist durchaus denkbar, dass die Einführung modernster Waffensysteme das Niveau der *absolut* zu erwartenden Opferzahlen soweit gesenkt hat, dass dem Wunsch der Bevölkerung nach Opfervermeidung schon ausreichend entsprochen ist. Liegen die zu befürchtenden Opfer bereits (weit) unter der Toleranzschwelle der Öffentlichkeit, so ist es nicht überraschend, wenn Umfragen die Hinnahme *höherer* Opferzahlen zum Ergebnis haben.⁴ Freilich ist es auch möglich, dass die Toleranzschwelle mit der Zeit weiter sinken wird.

c) Demokratie, RMA und Opfervermeidung

Auch der sich aus den Überlegungen des letzten Abschnitts aufdrängende Zusammenhang zwischen Technologie, Demokratie und Opfervermeidung ist in der Literatur diskutiert worden, wenn auch bisher nur rudimentär und selektiv.

Zumindest in der amerikanischen Literatur wird regelmäßig, wenn auch nicht lautstark, auf die Möglichkeit verwiesen, durch den Einsatz moderner RMA bezogener Waffensysteme eigene Opfer zu vermeiden (vgl. z.B. Knight/Unterseher/Conetta 1992; Peters 1996; Sapolsky/Shapiro 1996; Bernstein/Libicki/Kagan 1998; Erdmann 2002; Shurtleff 2002), aber auch einige (wenige) europäische Autoren folgen dieser Argumentation (z.B. Grin 1998).

Allerdings findet die Betrachtung aller drei Elemente (Demokratie, Technologie, Opfervermeidung) in der Regel nicht statt – mit der Ausnahme einer Arbeit von Gartzke.

4 So wäre auch der vermeintliche Widerspruch zu den anderen Arbeiten zu erklären. Während die Technisierung der Kriegsführung in Korea und Vietnam noch nicht weit genug fortgeschritten war, und mehr Opfer hingenommen werden mussten, als toleriert wurden, verschob sich die Relation spätestens zum zweiten Golfkrieg zugunsten der tolerierten Opfer.

Eric Gartzke (2001) nähert sich dem Anspruch einer systematischen Verbindung der drei genannten Faktoren bisher am stärksten an. Mittels einer umfangreichen Regressionsanalyse verfolgt er die Frage, ob Demokratien ihre Soldaten pro Kopf mit signifikant mehr Kapital ausstatten. Die zugrunde liegende Logik ist, dass eine höhere Kapitalausstattung (bzw. die Substitution von Arbeit, d.h. Soldaten, durch Kapital) für die Soldaten einen besseren Schutz bedeute. Gartzke kommt allerdings zu dem aus Sicht der Theorien des demokratischen Friedens ernüchternden Schluss, dass der Faktor Demokratie bei der Kapitalausstattung der Soldaten keinen signifikanten Einfluss spiele, während sich das Kapital/Arbeits-Verhältnis gut durch das BIP pro Kopf erklären lasse. Mit anderen Worten: Je reicher ein Staat pro Kopf, um so mehr Kapital bringt er pro Soldat auf, *unabhängig* von seinem Demokratiegrad. So ernüchternd dieser Befund Gatzkes scheinen mag – auch hier lassen sich Einwände formulieren, die eine genauere Untersuchung einfordern. So bedeutet eine relativ „kapitalintensive Produktion“ des „Gutes Sicherheit“ nicht, dass sich die hohe Kapitalintensität auch zwingend in der *Qualität* der betrachteten Waffensysteme niederschlägt (vgl. z.B. Sapolsky 1994; Sapolsky/Shapiro 1996). Es wäre durchaus im Einklang mit den Beobachtungen Gartzkes, wenn Demokratien im Verteidigungsbereich zwar ähnliche Kapitalintensitäten wie Autokratien gleichen Einkommens aufweisen würden, dabei allerdings auf *spezielle* Technologien mit der Fähigkeit zur Opfervermeidung setzen würden – also Technologien, wie sie im Bereich der RMA im Besonderen propagiert werden.

Die Frage also, ob Demokratien ihre Soldaten durch spezielle (Hoch-)Technologie zu schützen trachten, bleibt auch nach dieser zentralen Arbeit bisher unbeantwortet und verweist auf eine zentrale Forschungslücke im Dreieck zwischen Demokratie, Technologie und Opfervermeidung.

Forschungskonzept

Ausgehend vom oben beschriebenen Stand der Forschung verfolgt das Projekt zwei miteinander verwobene Fragestellungen:

- a) Spielt Opfervermeidung in Demokratien tatsächlich eine signifikante Rolle im staatlichen Forschungs- und Entwicklungs- bzw. Beschaffungsprozess moderner Waffensysteme?
- b) Warum gibt es eine erhebliche Varianz im Niveau des Engagements westlicher Demokratien im Rahmen der RMA?

Geht man von den Kantschen Überlegungen aus, so wäre die Erwartung, dass Demokratien gleichen Demokratiegrads ein ähnlich ausgeprägtes Interesse am Schutz eigener Soldaten und auch gegnerischer Zivilisten haben müssten. Entsprechend müssten sie sich durch ein ähnlich starkes Engagement im Bereich der RMA auszeichnen. Zwar engagieren sich (fast)⁵ alle westlichen Demokratien grundsätzlich auch im Rahmen der RMA, doch schon auf den ersten Blick springt eine erhebliche Varianz trotz ähnlicher industrieller Voraussetzungen ins Auge (z.B. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, Israel). Diese Varianz gilt es zu erklären. Gesucht werden die Variablen, die die Wirkung des demokratietyptischen Wunsches, Opfer zu vermeiden, in unterschiedlichen Intensitäten des militärisch-technischen Engagements bricht.

5 Da nicht alle westlichen Demokratien über die industriellen Möglichkeiten verfügen, sich im Rahmen der RMA zu beschränken (z.B. Luxemburg), werden im Weiteren nur solche Staaten berücksichtigt, die diese notwendige Bedingung eines RMA-Engagements auch erfüllen.

a) Variablen und Kausalmechanismus

Die *abhängige Variable* unserer Betrachtung ist der Grad des Engagements der jeweils untersuchten Demokratie im Rahmen der RMA. Für die Operationalisierung der abhängigen Variable sind folgende Elemente eines aggregierten Indikators vorstellbar:

- Relativer Anteil von Forschung und Entwicklung (F&E) am nationalen Verteidigungshaushalt
- Relativer Anteil Grundlagenforschung am militärischen F&E-Budget
- Absolute Ausgaben für F&E pro Soldat
- Durchschnittsalter zentraler Großwaffensysteme
- Aufwendungen für Training und Ausbildung pro Soldat
- Relative Ausgaben für Beschaffung am Verteidigungshaushalt

Auf Basis der relevanten Literatur sollen diese Indikatoren verfeinert und erweitert werden, um schließlich einen gewichteten Gesamtindikator für das Engagement in der RMA zu schaffen. Dies soll in der ersten Phase des Projektes nach einer Sichtung der Daten für die zu untersuchenden Länder durchgeführt werden, wobei dann auch über die Gewichtung der unterschiedlichen Maßzahlen im Gesamtindikator entschieden wird.

Die *unabhängige Variable* ist der Regimetyp „Demokratie“ des jeweils betrachteten Landes, abgeleitet aus gängigen Indices wie der *Polity IV data series* (Gurr-Index) oder dem *Freedom House Index*.

Der zu testende *kausale Zusammenhang* zwischen unabhängiger und abhängiger Variable ist – vereinfacht gesprochen – der Wunsch nach Opfervermeidung, der gemäß der monadischen Variante der Theorien des demokratischen Friedens in allen Demokratien zum Tragen kommen muss.

Unglücklicherweise ist der unterstellte kausale Zusammenhang noch nicht im Sinne eines *Kausalmechanismus* modelliert oder gar getestet worden. Auch bietet die bisherige Debatte keine Ansätze für eine systematische Berücksichtigung *intervenierender Variablen*, bzw. *konditionierender Variablen* (vgl. z.B. Van Evera 1997: 10-11). Wir schlagen deshalb das folgende Gedankenmodell für die präzisere Bestimmung des Kausalmechanismus vor: Es besteht zum einen aus der Variablen „*toleriertes Opfer*“. Diese Variable erfasst die Anzahl Opfer, die eine Gesellschaft im Rahmen eines bestimmten Konflikts zu ertragen, bzw. zu tolerieren in der Lage ist.

Zum anderen besteht es aus der Variablen „*erwartete Opfer*“: Hierbei handelt es sich um die Anzahl der Opfer, die gemäß der öffentlichen Meinung im Rahmen eines bestimmten Konflikts zu erwarten sind.

Die Annahme bezüglich der *tolerierten Opfer* leitet sich primär aus der unabhängigen Variable „Regimetyp: Demokratie“ ab. Angesichts weitgehend identischer Werte in den oben genannten Indices wird für die westlichen Demokratien eine identische Toleranz bezüglich Opfer in ähnlichen Konflikttypen erwartet.

Die *erwarteten Opfer* wiederum werden zentral durch zwei Variablen beeinflusst, die einen konditionierenden Charakter haben:

- a) *Bedrohungswahrnehmung*, also die Wahrscheinlichkeit, ungewollt in eine militärische Auseinandersetzung (die aber nicht zwingend ein das Überleben bedrohendes Ausmaß annehmen muss) hineingezogen zu werden, und
- b) *Interventionswillen*, also das Interesse des betrachteten Staats sich durch militärisches Eingreifen international zu engagieren. Dieser Interventionswille kann mit humanitären oder normativen Gründen (z.B. die Befreiung eines Landes von diktatorischem Joch oder die Verhinderung eines

Genozids) legitimiert werden, wohinter jedoch machtpolitische Interessen der Elite liegen können (Oren 1995; Peceny 1997).

Ein möglicher Einwand ist, dass der Konflikttyp, mit dem eine Demokratie rechnen muss, auch auf das Toleranzniveau wirkt, dass etwa für das nationale Überleben höhere Opfer in Kauf genommen werden. In diesem Falle wirkte die Variable „Bedrohungswahrnehmung“ sowohl auf die „tolerierten Opfer“ als auch auf die „erwarteten Opfer“ ein. Wir kontrollieren für diese Möglichkeit, indem wir vier Fällen, in denen im Untersuchungszeitraum eine derartige existentielle Bedrohung nicht gegeben war, den Fall Israel gegenüberstellen, das sich seit seiner Gründung ständig in einer solchen Bedrohungslage sieht. Wir werden dabei prüfen, ob sich rüstungsbezogene Diskurse und RMA-Engagement hier anders als in den übrigen Fällen entwickeln.

Beide Faktoren wirken auf die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts ein und verändern entsprechend die Erwartung, die sowohl die politischen Entscheidungsträger, als auch die Öffentlichkeit gegenüber eigenen und fremden Opfern besitzen. Dabei wird zur analytischen Vereinfachung angenommen, dass der betrachtete Staat bei der Erwägung der zu erwartenden Opfer schon nichtmilitärische Lösungen einbezogen hat und entsprechend nicht davon ausgeht, dass die zu erwartenden Opfer sich durch friedliche Mittel noch weiter senken lassen.

Innerhalb des von uns vermuteten Kausalmechanismus stellt nun die Relation zwischen erwarteten und tolerierten Opfern die zentrale Größe dar – diese Größe soll im weiteren als *Opferrelation* bezeichnet werden. Ist die Anzahl erwarteter Opfer größer als die der tolerierten Opfer, so besteht für einen Staat ein starker Anreiz, sich im Bereich der RMA zu engagieren, um so die Anzahl der erwarteten Opfer auf ein tolerables Maß zu senken und so den gesellschaftlichen Ansprüchen zu genügen. Ist die Anzahl der tolerierten Opfer hingegen größer als die der erwarteten Opfer so ist das Interesse an RMA-Technologie gering. Man erkennt also, wie die Variablen Konfliktart, Bedrohung und Interventionswille systematisch auf die Opferrelation einwirken und entsprechend das Engagement im Rahmen der RMA beeinflussen.

Man erkennt weiterhin, dass die *absoluten* Ausprägungen der Variablen tolerierte und erwartete Opfer bei der Untersuchung nur eine *analytische* und keine *empirische* Rolle spielen und nur die Opferrelation empirische Relevanz besitzt. Daher ist die Tatsache, dass sich im empirischen Material dafür keine verlässlichen Daten finden lassen, unschädlich. Als Proxy für die Opferrelation gilt uns die Häufung von Aussagen, in denen sich Besorgnisse über die Opfer laufender oder künftiger Konflikte niederschlagen. Solche Aussagen sind ein Indikator dafür, dass die Opferrelation die Toleranzschwelle erreicht oder überschritten hat. Zur Operationalisierung der konditionierenden Variablen wird zu Projektbeginn die einschlägige Literatur zur Einschätzung von Bedrohung/Bedrohungswahrnehmung und Interventionsfreudigkeit konsultiert.

b) Testhypothese und alternative Hypothesen

Testhypothese

Die aus der monadischen Theorie des demokratischen Friedens entwickelte Hypothese ist gemäß der doppelten Fragestellung ebenfalls zweistufig und kann nun wie folgt formuliert werden:

Testhypothese H₁

Diese Hypothese formuliert den Kausalmechanismus, der sich aus der monadischen Theorievariante des demokratischen Friedens ableitet.

H1 Wenn eine Demokratie in die RMA investiert, dann versucht sie die zu erwartenden Opfer in einem zukünftigen bewaffneten Konflikt zu minimieren.

Indikator: In den begleitenden sicherheits- und rüstungspolitischen Diskursen der untersuchten Länder finden sich häufig Überlegungen über die Opfer der Konflikte, in die man verwickelt werden kann.

Testhypothese H_{1a} : Die RMA Varianz der Demokratien

Falls die Hypothese H_1 bestätigt wird, so zielt der zweite Teil der Testhypothese darauf ab, die Varianz des RMA-Engagement der Demokratien zu erklären.

H1a Demokratien mit einer höheren Bedrohungswahrnehmung oder einer höheren Bereitschaft zu militärischen Interventionen werden sich in der RMA intensiver engagieren als Demokratien mit einer niedrigeren Bedrohungswahrnehmung oder einer geringeren Interventionsbereitschaft, weil die Anzahl der zu erwartenden Opfer steigt.

Es besteht die Möglichkeit, dass die Opfertoleranz auch von der Art des Konfliktes abhängt: Demokratien könnten einerseits im Falle der Selbstverteidigung mehr Opfer auf sich nehmen und andererseits weniger bereit sein eigene Opfer zu tolerieren, wenn es sich um „vitale Interessen“ handelt und am sensibelsten gegenüber der Opferzahl reagieren, wenn es sich um eine Intervention weit entfernt in der Peripherie handelt. Daher wird die Fallauswahl den Einfluss des Konflikttyps auf die Opfertoleranz kontrolliert berücksichtigen.

Indikator: Zeigt sich in der empirischen Analyse ein Argumentationskomplex in der öffentlichen Debatte, in dem eine starke Bedrohungswahrnehmung und/oder Interventionsbereitschaft mit großer Häufigkeit zusammen mit Besorgnissen über die bevorstehenden Opfer und einem starken RMA-Engagement, eine geringere Bedrohungswahrnehmung/Interventionsbereitschaft mit weniger häufig ausgedrückten Besorgnissen und einem geringen RMA-Engagement auftritt, so deutet dies auf die Wirksamkeit des modellierten Kausalmechanismus hin.

Alternative Hypothesen

Um die Erklärungskraft und Erklärungsreichweite des vorgeschlagenen Kausalmechanismus zu etablieren, der aus der monadischen Theorievariante des demokratischen Friedens abgeleitet wurde, wird er mit konkurrierenden Erklärungen und Alternativhypothesen (H_2 - H_6) verglichen, wie sie in der RMA Literatur vorgeschlagen werden.

In der schärfsten Form lehnen einige Autoren z.B. den Zusammenhang zwischen Demokratie, Opfervermeidung und Technologie rundheraus ab. In einem anarchischen Selbsthilfesystem, so wird argumentiert, können Staaten sich nicht um die Opfervermeidung kümmern. Aus dieser Sichtweise entsteht die RMA aus einem zwangsläufigen technologischen Determinismus, dem alle Staaten unterliegen. Er treibt alle Staaten unabhängig vom Regimetypus zur Beschaffung moderner Waffensystem an. Dieser technologische und systemisch abgeleitete Imperativ dominiert gegenwärtig die RMA-Literatur. Diese Hypothese (H_2) liegt außerhalb des Einflusses von Demokratien und ihrem Wunsch nach Opfervermeidung.

Andere Autoren akzeptieren den grundlegenden Einfluss von Demokratie, verweisen aber auf die historische Erfahrung und die dadurch ausgeprägte politische Kultur als Erklärung für die Varianz. Daraus folgern sie, dass die Opfervermeidung und die RMA-Ausrichtung der Streitkräfte ein auf die USA beschränktes Spezifikum ist, dass sich aus der historischen Erfahrung in Korea und Vietnam erklärt (H_3). Beide alternative Erklärungsweisen werden in diesem Projekt in Betracht gezogen.

Einen anderen Erklärungsstrang bieten die alternativen Erklärungshypothesen (H_4 - H_6). Sie führen das RMA-Engagement wiederum auf Charakteristika demokratischer Staaten zurück, allerdings ohne die Opfervermeidung in Betracht zu ziehen.

Alternativhypothese H_2 : Systemische und technologische Erklärung: „den technologischen Vorsprung erhalten“

Die Hypothese (H_2) ist eine grundsätzliche Erklärungsalternative zur Hypothese (H_1), d.h. zur *grundlegenden Erklärung* des RMA-Engagements der Staaten. Sie kommt ohne Rückgriff auf die demokratische Verfassung des Staates aus. Neorealisten argumentieren, dass die internationale Anarchie Staaten unabhängig von ihrem Regimetyp dazu zwingt, für ihre Sicherheit selbst zu sorgen (Waltz 1979). In einer internationalen Umwelt, die durch ständige technologische Innovation geprägt ist, müssen Staaten neue Technologien so schnell wie möglich in ihren Streitkräften aufnehmen (Buzan 1987; Posen 1993; Resende-Santos 1996): „Contending states imitate the military innovation contrived by the country of greatest capability and ingenuity. And so the weapons of major contenders, and even their strategies, begin to look much the same all over the world“ (Waltz 1979: 127). Daraus wird folgende Hypothese abgeleitet:

H2 Staaten investieren in die RMA um einen militärtechnologischen Vorsprung zu halten oder zu erlangen oder um mit Staaten aufzuschließen.

Indikator: In den begleitenden Diskursen der Staaten finden sich Hinweise auf drohende Machtasymmetrien, wenn technologische Neuerungen nicht militärisch umgesetzt werden.

Hypothesen H_3 - H_6 sind alternative Erklärungspfade für die *Varianz* zwischen den Demokratien, die im Gegensatz zu H_2 an die demokratische Staatsform rückgebunden sind. Hypothese H_3 verweist auf eine „vorangehende Bedingung“, nämlich historische Erfahrung, verbleibt jedoch innerhalb des von uns beschriebenen Kausalmechanismus „Opfervermeidung“. Hypothesen H_4 , H_5 und H_6 verweisen auf andere spezifische Charakteristika von Demokratien als auf den Wunsch nach Opfervermeidung hin.

Alternativhypothese H_3 : Historische Erfahrung/Politische Kultur

Einige Autoren argumentieren, dass die am stärksten an Opfervermeidung interessierten Demokratien traumatische Verluste durch Kriege in der Vergangenheit erlitten haben. Erst durch die Erfahrung traumatischer Opfer in bewaffneten Konflikten würden sich die entsprechenden Demokratien ihres Wunsches - eben diese Opfer zu vermeiden – bewusst; er werde dadurch in ihrer politischen Kultur verankert (vgl. z.B. Dunlap 1999; Erdmann 2002; Reiter/Stam 2002). Im Gegensatz zum Kausalmechanismus, der über die „Bedrohungswahrnehmung“ oder die „Interventionsbereitschaft“ zur RMA führt, ist in diesem Falle die „historische Erfahrung“ die „vorangehende Bedingung“. Mit der Hypothese H_3 wird eine Alternative formuliert die sich jedoch noch innerhalb des Kausalmechanismus der Opfervermeidung bewegt:

H3 Demokratien, deren historische Erfahrung durch hohe Verluste in Kriegen geprägt ist, engagieren sich stärker in der RMA als Demokratien ohne traumatische Erlebnisse.

Indikator: In Demokratien, die sich stärker für die RMA engagieren, weisen die begleitenden Diskurse häufig Hinweise auf die Kriegsoffer in vergangenen Konflikten auf. Die Verpflichtung, die eigenen Soldaten bestmöglich zu schützen, wird häufig betont. In den Demokratien mit schwächerem RMA-Engagement treten diese Diskurscharakteristika seltener auf.

Alternative Hypothesen H₄ („free riding“) und H₅ („Allianzdruck“)

Arbeiten zum demokratischen Frieden haben gezeigt, dass Demokratien eher geneigt sind internationalen Organisationen beizutreten, Allianzen untereinander zu bilden und robustere Allianzen zu schaffen als Nichtdemokratien (Russett/Oneal 2001; Hasenclever 2002). Die „demokratischen“ Konsequenzen dieser Neigung sind jedoch ambivalent (Wolf 2000; Oneal/Russett/Berbaum 2003). Diese Ambivalenz kann zu zwei unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Rüstung und Militärtechnologien führen:

H4 „Free riding“: Wenn sich für eine Demokratie als Mitglied einer Allianz die Möglichkeit eröffnet, Sicherheit durch „free riding“ zu erlangen, dann wird sie weniger in die RMA investieren als andere Demokratien, denen dieser Weg nicht offen steht. „free riding“ stellt dann eine alternative Opfervermeidungsstrategie dar, die allerdings nicht zur RMA führt. (Olson/Zeckhauser 1966)

Indikator: Je mächtiger das Allianzmitglied, desto stärker das relative RMA-Engagement. Nichtalliierte Demokratien investieren bei gleicher Bedrohungswahrnehmung relativ mehr in die RMA als alliierte Demokratien mit vergleichbarem Machtstatus.

und

H5 „Allianzdruck“: Wenn eine Allianz sich in der RMA engagiert, um die militärischen Fähigkeiten zu steigern, dann werden die Mitglieder relativ mehr in die RMA investieren als nichtalliierte Demokratien. (Risse-Kappen 1995; Wolf 2000).

Indikator: Allianzmitglieder engagieren sich relativ stärker in der RMA als Nichtmitglieder. In den begleitenden Diskursen finden sich häufige Hinweise auf entsprechende Allianzverpflichtungen.

Alternative Hypothese H₆ „Einfluss von Partikularinteressen“

Der Einfluss von partikularen Interessen (Rüstungsindustrie und Lobbies) auf die Sicherheitspolitik und Rüstungsentscheidungen wurde in der Vergangenheit in der Literatur unter den Stichwörtern „militärisch-industrieller Komplex“ oder dem „Innenleitungstheorem“ diskutiert (u.a. Downs 1957; Olson 1968; Senghaas 1972). Auf die RMA angewendet leitet sich folgende Hypothese ab:

H6 Je größer der Anteil der Rüstungsindustrie in einer Demokratie an der nationalen Wertschöpfung, um so stärker ihr politischer Einfluss, und entsprechend stärker das Engagement im Rahmen der RMA.

Indikator: Zwischen relativer Bedeutung der Rüstungsindustrie und dem RMA-Engagement besteht eine Korrelation. In den Debatten der stärker RMA-engagierten Demokratien kommen häufiger industrielle Stimmen zu Wort.

Vorgehensweise

Wie oben beschrieben beschäftigt sich das Projekt mit einer zweistufigen Forschungsfrage. Zuerst stellt sich die Frage, ob der Wunsch nach Opfervermeidung einen Einfluss auf die Rüstungsentscheidungen in Demokratien hat oder nicht. Sollte diese erste Frage bejaht werden, stellt sich zweitens die Frage nach den konditionierenden Variablen, die erklären können, warum eine Varianz bezüglich des RMA Engagements der Demokratien untereinander besteht.

Um diese Frage beantworten zu können und die Fallauswahl anleitend, folgen wir Alexander Georges Methode des „strukturierten fokussierten Vergleichs“ (1979; vgl. auch Bennett/George 1997; Bennett 2000). *Strukturiert* bedeutet dabei, dass „the same general question is asked of each

case in order to guide data collection“ (Bennett/George 1997: 2), und fokussiert bedeutet, dass das Projekt „deals with only certain aspects of the cases“ (ebenda) auf der Basis einer theoretisch angeleiteten Analyse.

Befasst man sich intensiver mit dem Thema RMA, so führt kein Weg an den USA vorbei, da diese sich in besonderem Maß als Innovator und treibende Kraft der Entwicklung und Implementierung modernster Waffensysteme und Strategien hervortun. Entsprechend müssen die USA in dieser Studie als „most-likely case“ (Eckstein 1992) gewertet werden. Dies gilt ebenso für unser Projekt. Sollte der Wunsch nach Opfervermeidung im Kontext der RMA tatsächlich eine signifikante Rolle spielen, so müsste sich dieser Zusammenhang besonders deutlich am Fallbeispiel USA nachweisen lassen. Negativ formuliert: Sollten sich an diesem Beispiel andere Faktoren als relevant erweisen, so bestünden erhebliche Zweifel am theoretisch abgeleiteten Zusammenhang zwischen RMA und Opfervermeidung. Insoweit werden die USA als zentraler Fall im Projekt berücksichtigt.

Allerdings verweist Stephen Van Evera zu recht auf die geringe Stärke von Tests, die anhand eines „most-likely case“ vorgenommen werden. Außerdem ist es ja gerade das Anliegen des Projektes neben der vermuteten grundsätzlichen Bedeutung von Opfervermeidung auch den Einfluss der konditionierenden Variablen zu untersuchen. Entsprechend werden weitere Testfälle hinzugezogen. Wie bereits oben erwähnt, engagieren sich alle westlichen Demokratien mit ausreichender industrieller Basis mehr oder weniger stark im Rahmen der RMA. Das bedeutet, dass auf einem Makrolevel alle diese Staaten eine positive Ausprägung der abhängigen Variable aufweisen, so dass Opfervermeidung als treibende Kraft entsprechend im Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsprozess nachzuweisen sein müsste. Um allerdings den Einfluss der konditionierenden Variablen besser testen zu können, gilt es nun, Staaten als weitere Testfälle auszuwählen, die sich auf dem Mikrolevel, also dem *Niveau* der Ausprägung der abhängigen Variable signifikant unterscheiden.

Um diesen Anspruch gerecht zu werden, fiel die Auswahl auf fünf weitere anerkannte Demokratien, die sich sowohl in ihrem RMA-Engagement, als auch den Ausprägungen der konditionierenden Variablen unterscheiden.

Dabei handelt es sich um:

- a) Deutschland
- b) Großbritannien
- c) Frankreich
- d) Schweden
- e) Israel

Die Länderstudien zu Schweden und Israel werden wegen der notwendigen Sprachkenntnisse von externen Bearbeitern durch Werkverträge abgedeckt.

Der Untersuchungszeitraum wird auf die Jahre 1990 – 2002 festgelegt. Er begründet sich in der Tatsache, dass von einigen Autoren durchaus plausibel argumentiert wird, der Kalte Krieg habe angesichts der umfassenden und die eigene Existenz in Frage stellenden Bedrohung den demokratischen Impuls zur Opfervermeidung blockiert. Da man in einer „heißen“ Auseinandersetzung mit hunderttausend Opfern zu rechnen gehabt hätte, erscheint die konsequente Verfolgung Opfervermeidender Technologien und Strategien erst mit dem Ende der Ost-West Konfrontation sinnvoll. Hinzu kommt, dass die Debatte über militärische Innovation und die RMA erst in den 1990er Jahren über kleine Zirkel hinaus trat und breite Resonanz sowohl in der sicherheitspolitischen Literatur als auch im politischen Diskurs fand. Entsprechend gut gestaltet sich die auszuwertende Datelage gerade für diesen Zeitabschnitt.

Zum Test der Hypothesen wird der Pfad der Entscheidung über die Erforschung und Beschaffung RMA-bezogener Waffensysteme im Detail verfolgt. Dabei werden sowohl die mit den entsprechenden Fragen befassten nationalen Bürokratien, als auch relevante politische Entscheidungsträger (Administration und Parlament), sowie die entsprechenden Stellen der Rüstungsindustrie untersucht. Als Primärquellen bieten sich hierbei zunächst politische, speziell parlamentarische Debatten und offizielle Stellungnahmen zur „Revolution in Military Affairs“ an. Aber auch Positionspapiere der Rüstungsindustrie bis hin zu Werbeanzeigen für moderne Waffensysteme in Fachmagazinen werden herangezogen, um die im Entwicklungs- und Beschaffungsprozess relevanten Argumente herauszuarbeiten. Eine genaue Aufschlüsselung der als relevant erachteten Primärquellen erfolgt in der nächsten Projektphase, wobei allerdings schon Vorarbeiten geleistet wurden (Schörnig 2003).

Ebenfalls in die nächste Projektphase fällt die Operationalisierung der oben genannten Hypothesen. Hierbei werden jeweils Erwartungen über zentrale Argumente formuliert, die bei Zutreffen der jeweiligen Hypothese im Entscheidungsprozess signifikant auftauchen müssten. Da sich für jede Hypothese ein unterschiedliches sprachliches Referenzsystem ergibt, ist eine relativ trennscharfe Unterscheidung und Beurteilung der Hypothesen zu erwarten. Je nach Komplexität der Referenzsysteme und Argumente auch nach Datenlage werden sowohl qualitative als auch quantitative Inhaltsanalysen durchgeführt.

Dabei sind uns die Probleme, der sich jede auf Kommunikationsakte konzentrierte Untersuchung gegenübersteht, durchaus bewusst. Es ist nicht immer zu erwarten, dass Entscheidungsträger, seien sie aus Politik, Bürokratie oder Industrie, die Wahrheit sprechen. Bisher gibt es keine Methode um sich z.B. gegen „Lippenbekenntnisse“ und „private information“ umfassend abzusichern. Die Prüfung der Hypothesen verlangt auch keinen Aufschluss über die Motivation der Akteure. Wir legen daher ein Modell rhetorischen Handelns zugrunde (Schimmelfennig 1997): Sprecher nutzen Argumente strategisch, um einen Überzeugungseffekt unter ihren Zuhörern zu erzielen. Sie nutzen daher die Argumente und Referenzsysteme, von denen sie sich die größte Resonanz im Diskurs versprechen und denen sie die größte Anschlussfähigkeit in der öffentlichen Debatte zutrauen – unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung. Referenzsysteme, die besonders häufig auftauchen, und darüber hinaus von *verschiedenen* zentralen Akteuren genutzt werden, besitzen entsprechend eine hohe Wahrscheinlichkeit, die öffentliche Einstellung zum Thema Bewaffnung auch korrekt abzubilden. Daher sind für uns die dominierenden sprachlichen *Referenzsysteme* sowie die *argumentative Rahmung* öffentlicher Einstellungen von zentraler Bedeutung. Zur Unterstützung werden auch verfügbare Umfragen, sowie eine Medienauswertung herangezogen.

Diese qualitativen und quantitativen Inhaltsanalysen werden schließlich mit den Ergebnissen von strukturierten Interviews verglichen, die mit relevanten Politikern, sowie Vertretern der nationalen Bürokratien und der Rüstungsindustrie geführt werden.

Die Berücksichtigung der alternativen Hypothesen, die parallel zu den eigenen abgeleiteten Hypothesen getestet werden, stellen eine Absicherung gegen die Versuchung dar, die Untersuchung der Sprechakte voreingenommen vorzunehmen. Sollte es sich als notwendig erweisen, werden unterschiedliche Erklärungsansätze auch kombiniert, wenn sich so ein Mehrwert in der Erklärungskraft erreichen lässt.

Der erwartete wissenschaftliche Nutzen ist doppelter Art. *Erstens* kann das Projekt – bei Bestätigung der von uns erwarteten Ergebnisse – eine bessere Erklärung der RMA anbieten, als sie bislang in der RMA-Literatur vorzufinden ist, da es über den dort vorherrschenden Technikdeterminismus hinaus geht. Es untersucht den Zusammenhang zwischen dem aus der demokratischen Regierungsform folgenden Wunsch nach Opfervermeidung und dem Streben nach einer Verwirklichung der RMA in demokratischen Staaten und vergleicht den Erklärungswert dieses Ansatzes mit anderen, konkurrierenden Hypothesen. Somit besteht die Chance, die auffällige Verbindung Demokratie/RMA verlässlich erklären zu können. Es ermöglicht darüber hinaus, die offensichtlichen Unter-

schiede des RMA-Niveaus von Demokratien durch den Einfluss verschiedener konditionaler Variablen zu erklären.

Zweitens stößt das Projekt in eine Forschungslücke hinein, die von den Theorien des demokratischen Friedens bislang offengelassen wurde. Von den Theorien des demokratischen Friedens wurde der Mechanismus der Opfervermeidung immer wieder als zentrales Argument angeführt, warum Demokratien eine weniger aggressive internationale Politik betreiben. Das Projekt kann zur kritischen Überprüfung des bisher vernachlässigten Nexus in den Theorien des demokratischen Friedens beitragen. Außerdem formuliert es Überlegungen einer genaueren Spezifizierung des kausalen Zusammenhangs zwischen Demokratie, Opfervermeidung, konditionierender Variablen und Außenverhalten in einer bisher noch nicht formulierten Detailauflösung. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Theorie demokratischen Friedens.

Bearbeiter

Harald Müller (Leiter), Olivier Minkwitz und Niklas Schörnig (Promovierende)

Laufzeit und Finanzierung

Finanzierung aus HSFK-Mitteln; Drittmittel-Antrag ist an die Thyssen-Stiftung gestellt. Laufzeit 2003 – Dezember 2005.

Literatur

- Arquilla, J. and Ronfeldt, D. 2001. *Networks and Netwars*. Santa Monica, CA: Rand.
- Bennett, A. 2000. *Case Study Methods: Design, Use and Comparative Advantages*. Washington D.C.
- Bennett, A. and George, A. L. 1997. *Research Design Tasks in Case Study Methods*.
- Bennett, D. S. and Stam, A. C. 1996. The duration of interstate wars, 1816-1985. *American Political Science Review* 90: 239-257.
- Bennett, D. S. and Stam, A. C. 1998. The Declining Advantage of Democracy. A Combined Model of War Outcomes and Duration. *Journal of Conflict Resolution* 42 (3): 344-366.
- Bernstein, A. H., Libicki, M. and Kagan, F. W. 1998. High-Tech: the Future Face of War? – A Debate. *Commentary* 105 (1): 28-34.
- Biddle, S. 1998. The Past as a Prologue: Assessing Theories of Future Warfare. *Security Studies* 8 (1): 1-74.
- Biddle, S. 2003. Afghanistan and the Future of Warfare. *Foreign Affairs* 82 (2): 31-45.
- Binnendijk, H. 2002. *Transforming America's Military*. Washington, D.C.: National Defense University Press.
- Brodie, B. and Brodie, F. 1973. *From Crossbow to H-Bomb*. Rev. and enl. ed. Bloomington: Indiana University Press.
- Buzan, B. 1987. *An Introduction to Strategic Studies: Military Technology and International Relations*. Houndmills: Macmillan.
- Cohen, E. A. 1996. A Revolution in Warfare. *Foreign Affairs* 75 (2): 37-54.
- Creveld, M. v. 1989. *Technology and War*. New York: The Free Press.
- Davis, N. C. 1997. An Information-Based Revolution in Military Affairs. In *In Athena's Camp: Preparing for Conflict in the Information Age*, edited by D. Ronfeldt. Santa Monica: RAND.
- Downs, A. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Dupuy, T. N. 1990. *The Evolution of Weapons and Warfare*. New York: Da Capo Press.
- Eckstein, H. 1992. *Regarding Politics. Essays on Political Theory, Stability, and Change*. Berkley, Los Angeles, Oford: University of California Press.
- Erdmann, A. P. N. 2002. The U.S. Presumption of Quick, Costless Wars. In *America the Vulnerable*, edited by J. F. Lehman and H. Sicherman. Philadelphia: Foreign Policy Research Institute.
- Everts, P. P. 2002. *Democracy and Military Force*. Houndmills: Palgrave.

- Everts, P. P. and Isernia, P. 2001. *Public Opinion and the International Use of Force*. London, New York: Routledge.
- Freedman, L. 1998. *The Revolution in Strategic Affairs*. Oxford: Oxford University Press.
- Gartner, S. S. and Segura, G. M. 1998. War, Casualties, and Public Opinion. *Journal of Conflict Resolution* 42 (3): 278-300.
- Gartzke, E. 2001. Democracy and the Preparation for War: Does Regime type Affect States' Anticipation of Casualties? *International Studies Quarterly* 45 (3): 467-484.
- George, A. L. 1979. Case Studies and Theory Development: The Method of Structured Focused Comparison. In *Diplomacy: New Approaches in History, Theory and Policy*, edited by P. G. Lauren. New York: Free Press.
- Gray, C. S. 2001. The RMA and Intervention: A Sceptical View. *Contemporary Security Policy* 22 (3): 52-65.
- Grin, J. 1998. Krieg ohne "überflüssiges Blutvergießen": zur Legitimation von Militärinterventionen durch Technologie. In *Defensive und Intervention. Die Zukunft vertrauensbildender Verteidigung*, edited by V. Kröning, L. Unterseher and G. Verheugen. Bremen: Edition Temmen.
- Hasenclever, A. 2002. The Democratic peace meets International Institutions. *Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens. Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9 (1): 75-112.
- Ignatieff, M. 2000. *Virtual War. Kosovo and Beyond*. New York: Metropolitan Books.
- Isernia, P. 2001. Conclusions. What have we learned and where do we go from here? In *Public Opinion and the International Use of Force*, edited by P. P. Everts and P. Isernia. London, New York: Routledge.
- Kant, I. 1984 [1781]. *Zum ewigen Frieden*. Stuttgart: Reclam.
- Keaney, T. A. and Cohen, E. A. 1993. *Gulf War Air Power Survey. Summary Report*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Knight, C., Unterseher, L. and Conetta, C. 1992. *Reflections on Information War, Casualty Aversion and Military Research and Development After the Gulf War and the Demise of the Soviet Union: Project on Defense Alternatives*.
- Krepinevich, A. F. 1994. Cavalry to Computers. *National Interest* 37 (3): 28-36.
- Larson, E. V. 1996. *Casualties and Consensus. The Historical Role of Casualties in Domestic Support for U.S. Military Operations*. Santa Monica: RAND.
- Latham, A. 2002. Warfare Transformed: A Braudelian Perspective on the "Revolution in Military Affairs". *European Journal of International Relations* 8 (2): 231-266.
- Libicki, M. C. 1999. *Illuminating Tomorrow's War*. Washington, D.C.: NDU.
- Luttwak, E. N. 1996. A Post-Heroic Military Policy. *Foreign Affairs* 75 (4): 33-44.
- Møller, B. 2002. *The Revolution in Military Affairs: Myth or Reality?* Copenhagen: COPRI.
- Mueller, J. E. 1973. *War, presidents and public opinion*. New York: John Wiley.
- Müller, H. 1988. Technologie und Sicherheitspolitik: Der Einfluß von technischem Wandel auf Strategie und Rüstungskontrolle. In *Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in Europa*, edited by M. Knapp: Wissenschaft und Politik.
- Müller, H. 2002. Antinomien des demokratischen Friedens. *Politische Vierteljahresschrift* 43 (1): 46-81.
- Müller, H. and Schörnig, N. 2001. "Revolution in Military Affairs" – Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien? Frankfurt am Main: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Murray, W. and Knox, M. 2001. Thinking about Revolutions in Warfare. In *The Dynamics of Military Revolution 1300-2050*, edited by M. Knox. Cambridge: Cambridge University Press.
- Neuneck, G. and Mölling, C. 2003. Informationskriegsführung und das Paradigma der Revolution in Military Affairs: Konzepte, Risiken und Probleme. *Friedenswarte* 77 (4): 375-398.
- O'Hanlon, M. E. 2000. *Technological Change and the Future of Warfare*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Olson, M. 1968. *Theorie des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Oneal, J. R., Russett, B. and Berbaum, M. L. 2003. Causes of Peace: Democracy, Interdependence, and Institutional Organizations, 1885-1992. *International Studies Quarterly* 47 (3): 371-393.
- Owens, B. 2000. *Lifting the Fog of War*. New York: Farrar, Straus, Giroux.
- Owens, W. A. 1995. The Emerging System of Systems. *Military Review* (3): 15-19.
- Peters, R. 1996. Our Soldiers, Their Cities. *Parameters, US Army War College Quarterly* 26 (1): 43-50.
- Posen, B. R. 1993. Nationalism, the Mass Army, and Military Power. *International Security* 18 (2): 80-124.
- Ray, J. L. 1995. *Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition*. Columbia: Univ. of South Carolina Press.

- Reiter, D. and Stam, A. C. 2002. *Democracies at War*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Resende-Santos, J. 1996. Anarchy and the Emulation of Military Systems; Military Organization and Technology in South America, 1870-1914. *Security Studies* 5 (3): 193-260.
- Rumsfeld, D. H. 2002. Transforming the Military. *Foreign Affairs* 81 (3): 20-32.
- Russett, B. and Oneal, J. R. 2001. *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*. New York, London: W.W. Norton.
- Sapolsky, H. M. 1994. War without Killing. In *U.S. Domestic and National Security Agendas*, edited by S. C. Sarkesian and J. M. Flanagan. Westport: Greenwood Press.
- Sapolsky, H. M. and Shapiro, J. 1996. Casualties, Technology, and America's Future Wars. *Parameters, US Army War College Quarterly* (Summer 1996): 119-127.
- Shurtleff, D. K. 2002. The Effect of Technology on Our Humanity. *Parameters, US Army War College Quarterly* 32 (2): 100-112.
- Van Evera, S. 1997. *Guide to the methods for students of political science*. Cornell: Cornell University Press.
- Waltz, K. N. 1979. *Theory of International Politics*. Reading, Mass.: Addison Wesley.